

## OFFENER BRIEF DER BÜRGERINITIATIVE WESERBERGLAND, GRUPPE HAMELN

an den Regierungspräsidenten in Hannover

Die Teilnehmer des Wasserrechtlichen Erörterungstermins für das Atomkraftwerk Grohnde am 14. Dezember 1976 in Hannover beschlossen einstimmig eine Resolution, in der der sofortige Baustop des Atomkraftwerkes Grohnde und eine Verlegung des Wasserrechtlichen Erörterungstermins nach Hameln an einem Wochenende gefordert wird.

Da diese Forderungen erfüllt sind, nehmen die Bürgerinitiativen an diesem Erörterungstermin in Hannover nicht mehr teil.

### BEGRÜNDUNG

1. Da sich das Atomkraftwerk Grohnde ohne die Berücksichtigung der wasserrechtlichen Fragen bereits im Bau befindet, ist eine sachliche, wissenschaftliche Erörterung ohne Zeitdruck nicht möglich.
2. Der wasserrechtliche Erörterungstermin für das Atomkraftwerk Grohnde findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem der größte Teil der betroffenen Bevölkerung berufstätig ist und nicht tagelang Urlaub nehmen kann. Wenn der Termin in Hannover stattfindet, belaufen sich außerdem die Fahrtkosten mit der Bahn auf täglich DM 14.00. Diese Kosten werden von der Behörde nicht erstattet.
3. Den Einwendern wurde die Einsicht in die wissenschaftlichen Gutachten der Betreiber verwehrt. Dazu Dr. Schröder, ein Vertreter des Regierungspräsidiums: " Wir sind nicht verpflichtet, solche Gutachten zu veröffentlichen. Es ist aber auch nicht verboten."

Es ist somit keinem Einwender möglich, sich auf diese Gutachten vorzubereiten und die Fragen wissenschaftlich zu erörtern.

4. Die Einwender wurden irregeführt, indem auf den Teilnehmerscheinen, die als Einladung verschickt wurden, zu lesen ist, daß dieser nicht übertragbar sei. Dieses ist falsch. Jeder Einwender hat das Recht, eine andere Person zu bevollmächtigen, seine Einwendungen am Erörterungstermin vorzutragen.
5. Einwendern wurden zum Teil keine Teilnehmerscheine zugesandt. Sie erhielten dadurch nicht das Recht, an dem Erörterungstermin teilzunehmen. **Dies ist rechtswidrig!**
6. In der ersten Teilgenehmigung des Atomkraftwerkes Grohnde kann man auf Seite 81 lesen:  
" Der Regierungspräsident in Hannover stimmt in seiner **endgültigen Stellungnahme** dem Vorhaben aus wasserrechtlicher Sicht grundsätzlich zu ."  
Die Bürgerinitiative Weserbergland erklärt den Wasserrechtlichen Erörterungstermin in Hannover aus diesen Gründen zur Farce.

### WIR FORDERN :

**Die Offenlegung und Kopiermöglichkeit aller Gutachten!**

**Erst Baustop ! — Dann Erörterungstermin in Hameln an Wochenenden!**

Falls diese Forderungen nicht erfüllt werden, wird die Bürgerinitiative Weserbergland Mitte Januar einen eigenen Erörterungstermin in Hameln durchführen.

**BÜRGERINITIATIVE WESERBERGLAND**

v.i.S.d.P. H. Brunotte, Tilsiterstr. 33 , 3250 Hameln 1

SPENDEN erbitten wir auf das WSL Konto Nr. 224 Kreissparkasse Hameln,  
Stichwort: B I Hameln